

Grundrechte sichern – Existenzsicherung garantieren

Seit Jahren geht die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinander. Während die einen sich überlegen, wie man Steuern noch besser sparen kann, ist für andere die nächste Rechnung existenzbedrohend. Insbesondere die Grundsicherung für Arbeitssuchende ist zu oft geprägt von Angst, Existenznot und einem Gegeneinander von Behörden und Kund*innen. Dass dieses System in dieser Art nicht fortgeführt werden kann, liegt auf der Hand.

Auf der anderen Seite erlebt die Arbeitswelt gerade eine tiefgreifende Veränderung. Die Digitalisierung der Gesellschaft gepaart mit dem demografischen Wandel sorgt dafür, dass alte Arbeit wegfällt und neue Arbeit entsteht. Es wird zukünftig eine entscheidende Herausforderung sein, die Menschen auf der einen Seite und die sich ändernde Form von Arbeit auf der anderen Seite besser zusammen zu bringen. Diese Umstände erfordern daher eine Debatte über die dringend benötigte Reform des Systems der sozialen Sicherung und der Möglichkeiten, die Chancen des digitalen Wandels zu nutzen. Dafür wollen wir die Systeme des Sozialstaats reformieren, um so in jeder Phase des Lebens den Menschen ein Leben in Sicherheit und in Würde zu ermöglichen.

Armut der Jüngsten verhindern - Allen Kindern gleiche Chancen bieten

Das heutige System führt dazu, dass Kinder umso stärker monetär gefördert werden, je mehr ihre Eltern verdienen. So wird das Kindergeld zum Einkommen einer Bedarfsgemeinschaft hinzugerechnet und mindert dadurch den Anspruch auf Arbeitslosengeld II um denselben Betrag. Andersherum werden Kinder von gut verdienenden Eltern über den Steuerfreibetrag stärker gefördert als Kinder von Geringverdiener*innen.

Eine Kindergrundsicherung, die Kinderfreibetrag und Kindergeld ersetzt, löst diese Probleme. Mit einem auf das Kindeswohl abgestimmten Bedarf erhält jedes Kind gleich viel für sich – unabhängig davon, ob die Eltern gar kein oder sehr viel Einkommen haben. Zusätzlich soll das System um einen Kindergeld-Bonus erweitert werden, um diejenigen finanziell zu unterstützen, die besonders von Armut bedroht sind. Dieser zusätzliche Betrag, der mit steigendem Einkommen der Eltern abschmilzt, fördert insbesondere Alleinerziehende und Familien mit niedrigem Einkommen: Familien, deren Risiko in Armut zu geraten, besonders hoch ist.

Daneben setzen wir uns für eine konsequente und umfassende frühkindliche Förderung ein. Alle Kinder sollen von Anfang an dieselben Startpositionen im Leben haben. Kinder aus einkommensschwächeren Elternhäusern sollen gezielt gefördert werden, um mögliche Nachteile frühzeitig und umfassend auszuräumen.

Rentner*innen nicht im Regen stehen lassen – Garantierente einführen

Die Arbeitswelt der Nachkriegszeit mit genau einem Arbeitgeber von der Ausbildung bis zum Renteneintritt ist schon lange nicht mehr die Regel. Sowohl Lebensentwürfe als auch die Arbeitswelt ändern sich – sei es durch die Pflege von Angehörigen, die Arbeitssuche oder eine Umorientierung im Leben. Niemand darf im Alter in Armut geraten. Wir setzen uns für eine Garantierente ein, die deutlich über dem Bedarf der aktuellen Grundsicherung (im Alter) liegt. Diese erhöht die Ansprüche gegenüber der Rentenversicherung auf einen Betrag, der nicht nur armutsfest ist, sondern auch eine die Lebensleistung würdigende Teilhabe am sozialen Leben ermöglicht. Da die Garantierente eine Leistung der Rentenversicherung ist, entfällt eine gesonderte Bedürftigkeitsprüfung von Erspartem und zusätzlicher Altersvorsorge. Um Anreize zu schaffen, betrieblich und privat vorzusorgen, werden diese Leistungen nicht angerechnet.

Grundsicherung: Sozial verträglich und sanktionsfrei

Der Mensch lebt nicht vom Brot allein – diesen Grundgedanken verfolgt GRÜNE Sozialpolitik. Auch wenn einige Neoliberale es anders sehen: Ein voller Magen allein reicht nicht, um ein würdevolles Leben führen zu können. Wer immer nur zusehen muss, wenn andere Kaffee trinken gehen, das Theater nur von außen kennt und sich vor jeder Fahrt im Nahverkehr überlegt, ob Schwarzfahren oder Zuhausebleiben doch die besseren Alternativen sind, führt eben kein selbstbestimmtes oder freies Leben. Auch darf ein kaputter Kühlschrank nicht zur Armutsfalle werden. Daher fordern wir eine dringende Erhöhung der Regelsätze, die nicht nur existenzsichernd ist, sondern auch sozio-kulturelle Teilhabe ermöglicht.

Das Menschenbild des jetzigen Forderns und Förderns ist eines, welches zunächst erst einmal sieht, dass Menschen nicht arbeiten wollen und nur mit Zwang dazu gebracht werden können, sich Erwerbsarbeit zu suchen. Wir glauben, dass das Gegenteil der Fall ist: Der Großteil der Menschen will in Arbeit, unter Menschen sein und sein Einkommen bestreiten. Eine Leistung, die die Existenz sichert, darf nicht angegriffen werden. Wer Anspruch auf Existenzsicherung hat, kann ihn nicht durch das Versäumen von Terminen verwirken. Statt auf Strafen setzen wir auf Belohnungen: Jobcenter sollen die Möglichkeit erhalten, Weiterbildungen zu finanzieren oder auch monetäre Leistungsprämien zu verteilen. Dies führt zusätzlich dazu, dass im Jobcenter ein Miteinander möglich ist, wo heute teilweise ein Gegeneinander herrscht. Motivation zur Arbeitsaufnahme wird auch geschaffen, wenn am Ende für die Betroffenen spürbar Geld übrigbleibt. Dafür müssen die Freibeträge von Einkommen deutlich erhöht werden. Kinder und Jugendliche, die neben der Schule arbeiten, um sich selber etwas leisten zu können, sollen durch den Zuverdienst nicht die Grundsicherung ihrer Eltern vermindern.

Eine Grundsicherung sozialverträglich auszugestalten bedeutet auch, Bedürftigkeit weiter zu prüfen. Ungefähr 4 Millionen Menschen in Deutschland leben in sogenannter verdeckter Armut, das bedeutet, sie hätten Anspruch auf Hartz 4, beantragen es jedoch aus vielfältigen Gründen wie Unwissenheit oder auch Scham nicht. Damit eine sanktionsfreie Grundsicherung jedoch bei allen Menschen ankommt, bei denen eine Bedarfsprüfung einschlägig wäre (z.B. Studierende, arbeitssuchend Gemeldete, Bezieher*innen von niedrigen Lohneinkommen), setzen wir uns für eine automatisierte Auszahlung für diese Personengruppen ein. Eine Bedürftigkeitsprüfung erfolgt in diesen Fällen im Nachhinein. Wer seine Existenz durch ausreichend Einkommen oder große Vermögen sichern kann, soll von der Grundsicherung ausgenommen werden. Sozialleistungen sollten nicht dazu dienen, Arbeit für Arbeitgeber*innen zu verbilligen. Zudem sind einige Folgen des bedingungslosen Grundeinkommens nicht abschätzbar oder erstrebenswert. Gerade für die öffentliche Hand gilt das Gebot, mit den Einnahmen sinnvoll umzugehen. Lieber geben wir 1500 Euro für Spielzeug in einer Kindertagesstätte aus, als sie einer*m DAX-Vorstandsvorsitzenden zu schenken.

Viele Menschen im ALG-II-Bezug verzweifeln schier an der Bürokratie der Antragstellung und erleben das System Hartz IV insgesamt als entwürdigend. Kund*in des Jobcenters zu sein, darf nicht heißen, gegängelt zu werden. Die Prüfung des Bedarfs und die weitere Bearbeitung müssen dafür deutlich vereinfacht werden. Wer selbstbewohntes Wohneigentum und/oder für die Altersvorsorge Vermögen im üblichen Maße angespart hat, soll dieses behalten dürfen. Genauso sind die Beträge für das Schonvermögen zu erhöhen.

Diese Grundsicherung kann einige Sozialleistungen wie das ALG II, Bafög oder Wohngeld zusammenführen, nicht jedoch Rente, Arbeitslosenversicherung oder Elterngeld ersetzen. Auch ist klar, dass besondere Bedarfe zusätzlich zu betrachten sind. Dies betrifft insbesondere Leistungen für Menschen mit Behinderung. Steuerpolitik soll auch weiterhin eine umverteilende Komponente haben. Daher schlagen wir vor, die Mehrkosten durch Steuern auf Finanztransaktionen, Vermögen und Erbschaften zu finanzieren.

Neue Formen der Arbeit werden nicht zwangsläufig zu weniger, sondern zu anderer Arbeit führen. Es ist von besonderer Bedeutung, den Strukturwandel zu begleiten und Menschen Perspektiven zu bieten. Die Möglichkeiten neuer Arbeitsformen und der Digitalisierung wollen wir nutzen, um über Arbeitszeitreduktionen zu diskutieren und Arbeiten anders zu bewerten – Arbeit am Menschen darf nicht schlechter bewertet werden als Arbeit an Maschinen. Wir wollen die Chancen nutzen, die freiwerdenden Ressourcen umzuverteilen, so dass Arbeit am Menschen im Verdienst gestärkt und in der Belastung reduziert wird.